

Drucksache:
0114/2016/IV

Datum:
01.06.2016

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:

Betreff:

**Alternierendes Parken vor an Wohnstraßen
angrenzenden Schulen**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 27. Juli 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	29.06.2016	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	21.07.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zum Thema „Alternierendes Parken vor an Wohnstraßen angrenzenden Schulen“ zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Keine	
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
Keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Prüfung wird in das Sicherheitsaudit einfließen, das zusammen mit einem externen Berater durchgeführt werden wird.

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 29.06.2016

Ergebnis: Kenntnis genommen

Sitzung des Gemeinderates vom 21.07.2016

Ergebnis: Kenntnis genommen

Begründung:

Die Stadtverwaltung hat den Arbeitsauftrag erhalten zu prüfen, ob generell vor Schulen, die an Wohnstraßen angrenzen, alternierendes Parken eingerichtet werden kann.

Die Prüfung wird in das Sicherheitsaudit einfließen, das zusammen mit einem externen Berater durchgeführt werden wird. In diesem Rahmen werden ohnehin gemeinsam mit den Schulen nach Möglichkeiten gesucht, die Verkehrssicherheit weiter zu verbessern.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ6	+	Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen Begründung: Maßnahmen zur eigenständigen Mobilität von Kindern sind fester Bestandteil der kinderfreundlichen Verkehrsplanung
MO1	+	Ziel/e: Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Begründung: Kinderwegepläne sorgen für mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
in Vertretung

Dr. Joachim Gerner